



Starke Partner in der Ausbildung: Leistungsfähige Berufsschulen in den Regionen sichern

Unsere duale Ausbildung in Deutschland kann nur stark bleiben, wenn die Partner Unternehmen und Berufsschule weiterhin stark sind. Ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges berufsschulisches und betriebliches Ausbildungsangebot sowie eine enge Kooperation der beiden Partner sind zentrale Voraussetzungen für den Erfolg der Ausbildung und die Sicherung der Fachkräfte für die Unternehmen.

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK), der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e. V. (BLBS) und der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e. V. (VLW) bekennen sich gemeinsam zu ihrer Verantwortung, die Berufliche Bildung in Deutschland zu stärken. Sie setzen sich gemeinsam dafür ein, dass die Arbeits- und Lernbedingungen in den Schulen eine exzellente schulische Ausbildung fördern und die Berufsschulen damit für die Betriebe in der dualen Ausbildung starke Partner sind und bleiben.

Aktuell stellen vor allem die demografische Entwicklung, der Trend zum Studium und die Integration der Flüchtlinge in Ausbildung und Beschäftigung Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen vor große Herausforderungen. Damit diese Herausforderungen zum Nutzen der Unternehmen und der jungen Menschen sowie der gesamten Gesellschaft bewältigt werden können, sind neben Ländern, Kommunen und Landkreisen in ihrer Verantwortung für die Schulen auch der Bund gefordert. Deshalb wenden sich der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) als Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern (IHKs) und der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen e. V. (BLBS) sowie der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen e. V. (VLW) gemeinsam mit Vorschlägen und Handlungsempfehlungen an die Politik in Bund und Ländern.

Handlungsdruck für die Sicherung der Attraktivität der dualen Ausbildung sehen DIHK und Lehrerverbände vor allem in folgenden Bereichen:

1. Ausbildung in der Region sichern – ländliche Räume durch gute Infrastruktur stärken,
2. Nachwuchs bei Berufsschullehrkräften sichern – Attraktivität des Berufsbildes steigern,
3. Berufsschulen modernisieren und für das digitale Zeitalter rüsten,
4. Duale Ausbildung stärken – politische Rahmenbedingungen verbessern.

1. Ausbildung in der Region sichern – ländliche Räume durch gute Infrastruktur stärken

Während es in den urbanen Zentren unserer Republik häufig noch genügend Azubis gibt, werden in den ländlichen Regionen und insbesondere in Ostdeutschland geeignete Auszubildende immer knapper. Dies führt in der Konsequenz dazu, dass es in manchen Regionen und Berufen zunehmend schwieriger wird, Berufsschulstandorte und adäquate Berufsschulangebote aufrecht zu erhalten.

Rund ein Fünftel der Ausbildungsbetriebe, die Ausbildungshemmnisse feststellen, geben in der aktuellen Ausbildungsumfrage des DIHK an, dass zunehmend weite Entfernungen zur Berufsschule problematisch werden. Für Auszubildende sind damit weite Anfahrtswege verbunden; den Unternehmen fehlen dann unter Umständen die qualifizierten Ausbildungs- und Ansprechpartner in ihrer Region. Damit einher geht eine weitere Schwächung der eher ländlichen Standorte, wenn von den Betrieben gewünschte Ausbildungsberufe in der Region wegen geringer Schülerzahlen nicht beschult werden können.

DIHK, BLBS und VLW schlagen folgende politische Handlungsoptionen vor:

- Für Berufsschulen und Betriebe ist eine mittelfristige Planungssicherheit wichtig. Die Länder und Schulträger sollten daher ihre Schulentwicklungsplanung transparent machen und die Kammern und Schulen in die Fortschreibung einbeziehen. Beispielhaft sind hier die Regionalkonferenzen in Baden-Württemberg.
- Grundsätzlich sollte die oberste Maxime sein, einen ortsnahen Berufsschulunterricht zu erhalten. Dabei können in Grenzregionen zwischen den Bundesländern auch länderübergreifende Planungen sinnvoll sein. Mindestschülerzahlen sollten in einem Zeitrahmen von drei bis sechs Jahren flexibel gehandhabt werden, um abschätzen zu können, ob sich zurückgehende Ausbildungszahlen möglicherweise wieder erholen.
- Erleichtert wird der Erhalt ortsnaher Berufsschulklassen auch dadurch, dass Ausbildungsbetriebe ihr Ausbildungsengagement in den Regionen fortsetzen und das Matching zwischen dem Ausbildungsangebot der Betriebe und den Berufswünschen der Jugendlichen verbessert wird.
- Betriebe sollten - bei einem ausreichenden zeitlichen Vorlauf - die Berufsschule für ihre Auszubildenden je nach Qualität und Zuverlässigkeit des Unterrichtsangebotes sowie Entfernung frei wählen können.
- Ausbildungsberufsübergreifender Unterricht (z. B. in Berufsgruppen) ist vor allem im ersten Ausbildungsjahr aus Sicht der Schulen gut organisierbar und eine Chance, ein ortsnahes Angebot für die Ausbildungsanfänger anzubieten. Diese Möglichkeit sollte stärker als bisher in Betracht gezogen werden. Bei der Modernisierung von Berufen werden die IHKs in Fortführung des Modells „Dual mit Wahl“ dafür werben, die Anzahl der Berufe zu reduzieren und in Berufsfamilien zusammenzuführen. Das ist ein konkreter und wirkungsvoller Beitrag, um die Beschulung in Fachklassen zu vereinfachen.

- Rechtfertigt trotz aller Bemühungen in einer Region die Anzahl der Auszubildenden in einem Beruf nicht die Einrichtung einer Fachklasse, so sollte zunächst die Möglichkeit von Kooperationen mit anderen beruflichen Schulen geprüft werden, bevor ein Bildungsgang komplett eingestellt wird. Für die Standortsicherung oder die Bildung von Schwerpunktschulen sollte die regionale Wirtschaftsstruktur Orientierungen bieten. Auch zeitlich alternierende Klassenbildungen wären in einer solchen Konstellation denkbar.
- Sollten nur noch zentrale Fachklassen möglich sein und der Berufsschulunterricht sogar in einem anderen Bundesland erfolgen, müssen die Länder - ggf. durch finanzielle Zuschüsse oder die Bereitstellung von Wohnheimplätzen - für eine Unterbringung der Auszubildenden sorgen.

2. Nachwuchs bei Berufsschullehrkräften sichern – Attraktivität und Ansehen steigern

Der Ruf der Ausbildungsbetriebe nach mehr Nachwuchslehrern für die Berufsschulen wird immer drängender. In vielen Regionen fehlen bereits heute Lehrkräfte bzw. es kündigt sich das altersbedingte Ausscheiden vieler Lehrkräfte an, für die nicht ausreichend junge Absolventinnen und Absolventen zur Verfügung stehen. Vor allem in den berufsqualifizierenden Fächern und ganz speziell im gewerblich-technischen Bereich (Metall-, Elektro-, Fahrzeugtechnik, Informatik) fällt oft Unterricht aus oder er wird von fachfremden Lehrkräften geleistet. Eine hohe fachliche Qualität des Unterrichts kann jedoch in erster Linie durch ausgebildete Fachlehrer gewährleistet werden. Zudem suchen die Betriebe verstärkt die Unterstützung der Berufsschulen bei der Integration lernschwächerer Jugendlicher in Ausbildung. Und auch bei der Ausbildung von Flüchtlingen ist weiter flankierender Sprachunterricht in den Schulen notwendig. Die IHK-Organisation unterstützt den dualen Partner bei der Sicherung und Qualifizierung der Lehrkräfte, beispielsweise durch das Angebot von betrieblichen Praktika.

DIHK, BLBS und VLW schlagen folgende politische Handlungsoptionen vor:

- Wir brauchen eine überzeugende Strategie, um für den Beruf des Berufsschullehrers zu werben.
- Die Länder müssen ausreichend Studien- und Referendariatsplätze zur Verfügung stellen. In einigen Ländern und Regionen sind die Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten so stark reduziert worden, dass die Länder ihren eigenen Lehrernachwuchsbedarf nicht decken können.
- In den Metall-, Elektro- und Informatik-Ausbildungsberufen ist der Lehrkräftemangel besonders ausgeprägt. Die Länder sollten daher auch über finanzielle Anreize nachdenken, um die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Arbeitgebern zu wahren.
- Attraktive Arbeitsbedingungen sind ebenfalls geeignet, junge Menschen für den Beruf zu gewinnen. Dazu gehört auch eine moderne Ausstattung der Schulen, z. B. mit technischem Equipment oder digitalen Lernmedien.

- Der Quereinstieg in Qualifizierungsmaßnahmen für das Lehramt an beruflichen Schulen nach einer beruflichen Tätigkeit in der betrieblichen Praxis sollte weiterentwickelt werden. Dabei gilt es, die bewährten fachlichen, pädagogischen und didaktischen Qualifizierungsstandards zu berücksichtigen.
- Viele Jugendliche, die ein Lehramtsstudium anstreben, haben nicht die Option des Berufsschullehrers im Blick. Hier könnte eine bessere Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien und auch an beruflichen Schulen helfen. Wenn sich Jugendliche für ein Studium des Lehramtes interessieren, sollten sie verstärkt auf die guten Beschäftigungsperspektiven in den Berufsschulen hingewiesen werden
- Auf der Grundlage des Lehrerberarfs sollten die Schulen eigenverantwortlich Personal einstellen und für kurzfristigen Bedarf ggf. alternative Lösungswege für die Bildung eines Vertretungspools beschreiten können.

3. Berufsschulen modernisieren und für das digitale Zeitalter rüsten

Die Länder, Kommunen und Landkreise sind gefordert, auch hinsichtlich der Ausstattung der Schulen eine zukunftsfähige Ausbildung zu ermöglichen. Dazu gehören vor allem zeitgemäße Arbeitsmittel, die technisch auf einem aktuellen Stand sind. Da die Innovationszyklen für technische Geräte, Maschinen und Anlagen in den Betrieben immer kürzer werden, ist dies eine Herausforderung, die nach neuen Wegen der Finanzierung und Kooperation verlangt.

DIHK, BLBS und VLW schlagen folgende politische Handlungsoptionen vor:

- Da die Berufsschulen gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben Jugendliche unmittelbar auf die berufliche Tätigkeit vorbereiten, ist eine zeitgemäße Ausstattung umso dringender, damit die jungen Fachkräfte am Ende ihrer Ausbildung den Anforderungen der modernen Arbeitswelt gewachsen sind und optimal vorbereitet in ihren Beruf starten können.
- Bei den Planungen von Bund und Ländern zum DigitalPakt#D müssen die Berufsschulen einen besonderen Stellenwert einnehmen. Vorgesehen sind bislang 5 Milliarden Euro in fünf Jahren für die digitale Ausstattung aller Schulen. Um eine lernförderliche digitale schulische Infrastruktur aufzubauen, benötigen aber allein die Berufsschulen schätzungsweise rund 2,5 Mrd. Euro in fünf Jahren, also rund 500 Millionen Euro pro Jahr.
- Da kürzer werdende technologische Innovationszyklen in der Wirtschaft die Berufsschulen vor besondere Herausforderungen stellen, sollten pädagogisch und fachlich begründete Profilierungen der Berufsschulstandorte als wesentliche Stütze zur Aufrechterhaltung eines aktuellen Angebotes genutzt werden. Für solche Profilierungen sollten schulträgerübergreifende Kooperationen möglich sein, um Ressourcen gezielt zu bündeln.
- Digitale Lernformen unterstützen die Individualisierung der Lernprozesse. Sie können zudem helfen, weite Wege zu den Berufsschulen zu reduzieren. Die Nutzung mobiler digitaler Endgeräte sollte beim Lernen zur Normalität werden, ebenso wie internetgestützte Lernplattformen, Schulclouds und digitale Kommunikationsmittel, die auch für die Ausbildungsbetriebe zugänglich sind.

- Die Lernfabriken in Baden-Württemberg sind ein Modell dafür, wie das Land, die Schulen und die Unternehmen in der Region gemeinsam eine moderne Ausstattung der Berufsschulen planen, finanzieren und nutzen können. Auch Fördervereine können helfen, Finanzierungsengpässe zu überbrücken oder die Spielräume für eigene Anschaffungen oder Weiterentwicklungen in den Schulen zu erhöhen.
- Zu einer zukunftsfähigen Ausstattung der Schulen gehören zudem ein glasfaserbasierter Breitband-Internetzugang. Als sozioökonomische Treiber sollten Berufsschulen ähnlich wie Gewerbegebiete vorrangig an das Netz angeschlossen werden. Außerdem ist ein qualifizierter und zuverlässiger IT-Support notwendig, mit dem der Schulträger IT-Dienstleister beauftragen kann. Da IT-Systeme immer differenzierter und komplexer werden, kann der IT-Support der Schulen nicht länger zusätzlich von zufällig kompetenten Lehrkräften geleistet werden. Eine rechtzeitige Schulung der Lehrkräfte bei der Einführung neuer Technik in der Schule sollte ebenfalls selbstverständlich sein.

4. Duale Ausbildung stärken – politische Rahmenbedingungen verbessern

Die Wirtschaft sowie Bund und Länder engagieren sich gemeinsam, Strategien für die Stärkung der beruflichen Bildung zu entwickeln. Es ist für die Fachkräftesicherung in den Unternehmen essentiell, dass sich leistungsfähige junge Leute für eine berufliche Qualifizierung entscheiden. Aktuelle Arbeitsmarktprognosen gehen davon aus, dass vor allem Fachkräfte mit einer beruflichen Qualifikation künftig fehlen werden. Es muss daher gelingen, die berufliche Bildung so weiter zu entwickeln, dass sie für junge Leute einen attraktiven Qualifizierungsweg darstellt.

DIHK, BLBS und VLW schlagen folgende politische Handlungsoptionen vor:

- Die Reduzierung des Übergangsbereichs zwischen Schule und Ausbildung muss weiter auf der Agenda stehen. In den zurückliegenden Jahren konnte die Zahl der Jugendlichen im Übergangsbereich erfolgreich von über 400.000 auf jetzt rund 300.000 reduziert werden. Der aktuelle Anstieg an Teilnehmern ist auf die Integration von Geflüchteten zurückzuführen. Gleichwohl befinden sich nach Schätzungen des DIHK noch immer einige Tausend Jugendliche im Übergangssystem, die ausbildungsreif sind und sofort mit einer niedrighschwelliger Ausbildung beginnen könnten. Die betriebsnahen Förder- und Orientierungsmaßnahmen und insbesondere Einstiegsqualifizierungen sollten daher weiter gestärkt werden. Sie haben nachweislich die besten Übergangsquoten in Ausbildung.
- Die Länder können zur Stärkung der dualen Ausbildung beitragen, indem vollzeitschulische Ausbildungen, die in unmittelbarer Konkurrenz zur betrieblichen Ausbildung stehen, grundsätzlich vermieden werden.
- Da Ausbildungsordnungen bundesweit gelten, ist es sinnvoll, auch für den berufsschulischen Teil eine Harmonisierung der Länderschulgesetze zu prüfen. Beispiele, wo dies aktuell aus Sicht der Wirtschaft dringend notwendig ist, sind Befreiungstatbestände vom Berufsschulunterricht sowie die Regelungen und Altersgrenzen bei der Qualifizierung von Flüchtlingen. Förderprogramme und ausbildungsunterstützende Maßnahmen sollten gemeinsam von Bund, Ländern und Wirtschaft entwickelt oder zumindest untereinander abgestimmt werden. Es muss möglich sein, bei Aufgaben von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, wie

es die Berufliche Bildung ist, auch ohne Schaffung von Sonderprojekten regelmäßig Bundesmittel gezielt in den Berufsschulen einzusetzen, z. B. bei der Sprachqualifizierung von Flüchtlingen.

- Falls die Schülerzahlen in den kommenden Jahren weiter zurückgehen, sollten die Länder dadurch freiwerdende Gelder, also die demografische Rendite, künftig für dringend nötige Investitionen in eine attraktive Berufsschullandschaft einsetzen, die sich sowohl an den aktuellen Ausstattungsstandards als auch an den Erwartungen der Berufsschülerinnen und -schüler sowie dem Bedarf der Wirtschaft orientiert. Potenziale für die Weiterentwicklung des Bildungsportfolios der Berufsschulen liegen u. a. in einem Ausbau der Lernortkooperation mit den Betrieben, in einer Stärkung der Berufsorientierung sowie in der Sprachförderung für neu Zugewanderte.

Berlin, den ... 2017